

Hannes Androsch

Gedenkjahr 2005[^]

Eine Positionsbestimmung für Österreich.

In: Das jüdische Echo, Vol. 54/ 2005, S. 26-31

Österreich hat das Gedenkjahr 2005 würdig und ohne Pathos, ohne Beweihräucherung und ohne Beknirschung als Ausdruck sinnvoller Erinnerungskultur begangen.

Besonders erfreulich war das rege Interesse der Bevölkerung an den fast unübersehbar vielen Ausstellungen und Veranstaltungen, die aus dem Anlass der Fünfzigjahrfeier der Unterzeichnung des Staatsvertrages ausgerichtet und durch eine Vielzahl von medialen Berichten und Publikationen ergänzt worden sind. Alleine die zentrale Staatsvertragsausstellung „Das neue Österreich“, die in der Österreichischen Galerie Belvedere in Wien gezeigt worden ist, hat mehr als 300.000 Besucher aus dem In- und Ausland angezogen.

Im Unterschied zur Ersten Republik war die Zweite Republik gewollt und ist im Selbstverständnis der Österreicherinnen und Österreicher tief verankert. Die Zweite Republik wurde zu einer Erfolgsstory, die sich in einer hohen Lebensqualität, in Massenwohlstand, Wohlfahrt, hoher innerer und sozialer Sicherheit, kultureller Vielfalt, einem breiten Bildungsangebot und einer intakten Umwelt widerspiegelt.

Österreich zählt inzwischen zu den reichsten Ländern der Welt. Mit einer Wirtschaftsleistung pro Kopf nimmt Österreich unter den Industriestaaten den 9. Rang ein, in einer Bewertung der Weltbank, die versucht, den gesamten Reichtum eines Landes auch unter Einbeziehung von Umweltkriterien, Bildungs- und Sozialkapital zu erfassen, sogar Rang sieben.

Von der gespaltenen, polarisierten, von Hyperinflation, Hunger und Not geplagten Ersten Republik, an deren Lebensfähigkeit kaum jemand glaubte und deren Bevölkerung an einem „Reduktionsschock“ (Norbert Leser) litt, bis zu dem erfreulichen heutigen Befund war es ein weiter Weg.

Die Ersten Republik war von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffen. Die Deflationspolitik schuf zwar den Alpendollar und hohe Devisenreserven, aber hatte

verheerende Wirkung für knapp 600.000 Arbeitslose, von denen rund 40% als sogenannte Ausgesteuerte keine Unterstützung mehr erhielten. Die wirtschaftliche Misere verschärfte die politische Instabilität des Landes und begünstigte die Auslöschung der Demokratie und die Etablierung des Austrofaschismus im Ständestaat, der vom damals vorherrschenden politische Katholizismus unterstützt worden ist. Die römisch katholische Kirche hat sich allerdings nach 1945 nicht mehr parteipolitisch betätigt und sich vor allem Dank der Bemühungen von Kardinal König auch mit der SPÖ und dem Gewerkschaftsbund zu einer neuen Verständigungsbasis gefunden.

Mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht hörte Österreich zu bestehen auf. In einem ersten Schritt wurden von den neuen Machthabern die bei der Oesterreichischen Nationalbank angehäuften Devisenreserven sofort nach Berlin geschafft. Dieses Geld ermöglichte für über neuen Monate die vorbereitende Kriegsfinanzierung .

Der Jubel nach dem Einmarsch der Deutschen Truppen und am Heldenplatz kann ohne die Vorgeschichte der innenpolitischen Geschehnisse und der existenziellen Not in der Ersten Republik nicht erklärt und verstanden werden. Die ahnungsvoll und in Sorge Daheim-Geblienen hat allerdings niemand gezählt. Auch viele jener, die den Einmarsch jubelnd begrüßt hatten, mussten bald merken, dass es mit der Tyrannei und dem Wahnwitz der Naziherrschaft noch schlimmer kommen sollte. Erzwungene Emigration, Opfer im Krieg, zu Hause und im Widerstand, Not, Qualen und Zerstörung waren Die Folge der Nazidiktatur. Viele Österreicher waren Mitläufer. Qualtinger und Merz haben im Herrn Karl deren Charakterbild gezeichnet. Nicht wenige waren leider Mittäter. Für sie war Niederlage, was für die Mehrheit Befreiung von Kriegsleid und Nazijoch bedeutete.

Mut zur Geschichte: Die finsternen Flecken der Vergangenheit

Die dunklen Seiten der Geschichte unseres Landes dürfen nicht ausgeblendet werden. Dazu bedarf es des Mutes zur Vergangenheit, auch wenn diese nicht immer angenehm ist und einem oftmals durchaus gesellschaftlich akzeptierten Tabu entrissen werden muss, das nicht nur die Nazi-Zeit, sondern vor allem auch noch immer die Zeit des Austrofaschismus übertüncht.

Unmittelbar nach Kriegsende kam es in Österreich, wohl auch auf Verlangen der Alliierten, zur Verfolgung und strengen Bestrafung ehemaliger Mitglieder der NSDAP. Knapp 600.000 Österreicher, knapp ein Zwölftel der Bevölkerung, wurden im Rahmen

der Sühnegesetzgebung als Nationalsozialisten registriert, 100.000 von ihnen aus öffentlichen Ämtern entlassen, fast ebenso viele erhielten Berufsverbot. Von den Volksgerichtshöfen wurden auch 42 Todesurteile gefällt. Bei den ersten freien Wahlen im November 1945 durften ehemalige Nationalsozialisten nicht teilnehmen.

Schon sehr bald aber wurde klar, dass man die Vielzahl der Mitläufer, die so genannten Minderbelasteten, in die Gesellschaft re-integrieren muss, was auch eine Zielsetzung der westlichen Alliierten und deren Re-Education-Programmen war. Eine Politik der Ausgrenzung hat sich auf Dauer noch nie bewährt.

Dementsprechend bemühten sich in der Folge alle politischen Parteien, selbst die Kommunisten, bei der Nationalratswahl 1949, bei der auch wieder ehemalige Nationalsozialisten zugelassen waren, um die Stimmen dieser Wählergruppe.

Diesen Wettlauf gewann die ÖVP um Längen. Dies zeichnete sich schon bei der ersten Nationalratswahl am 25. November 1945 ab, bei der zwar die NSDAP-Mitglieder kein Wahlrecht hatten, sehr wohl aber deren familiäres Umfeld. Das eigenmächtige Plakat des damaligen SPÖ-Zentralsekretärs Erwin Scharf, der nach seinem SPÖ-Ausschluss der KPÖ beitrug, tat dazu ein übriges. Auf dem Plakat stand geschrieben: „Zehntausende Österreicher befinden sich fern der Heimat in Kriegsgefangenenlager und werden zum Wiederaufbau Österreichs benötigt, Zehntausende Nazi befinden sich in der Heimat und sabotieren den Wiederaufbau Österreichs. Wir fordern den Austausch.“

Die Beendigung der Ausgrenzungspolitik gegenüber den registrierten Nationalsozialisten wurde auch durch den Beginn des Kalten Krieges beschleunigt. Im Kampf gegen den Kommunismus, der in der USA in der McCarthy-Hysterie gipfelte, erblickten die USA in den Nazis vielfach nunmehr zuverlässige Antikommunisten. Prominentes Beispiel dafür ist der von den USA reaktivierte ehemalige SS-Spionagechef Höttl, der von den Amerikanern in Gmunden eine Villa zugewiesen bekam, um von dort aus sein altes SS-Agentennetz gegen den Osten wieder zu reaktivieren. Die Änderung des weltpolitischen Klimas hat wohl auch dazu beigetragen, dass eine Reihe von schwer belasteten Nazis durch die Maschen der Volksgerichte und der Entnazifizierung schlüpfen konnten.

Mut zur Geschichte wurde von der 2005 unter dem Titel „Der Wille zum aufrechten Gang“ Mit aufrechten Gang“ veröffentlichte Auftragsarbeit des Bundes

sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) allerdings nur vordergründig bewiesen. Die Studie ist punktuell und selektiv, auf die spezifischen Zeitumstände wird zu wenig eingegangen, vielfach wird mit Vermutungen gearbeitet, was auch die wissenschaftliche Qualität beeinträchtigt. Und sie berücksichtigt nicht die politische Dimension, also die politischen Kollateralschäden, die mit ihr verbunden sein können.

Ebenso unangebracht ist die dummdreiste Häme, mit der vor allem von konservativen Kreisen auf die veröffentlichte BSA-Studie reagiert wurde und es ist geradezu lächerlich, die persönliche Integrität von Persönlichkeiten wie Dr. Adolf Schärf, Dipl.-Ing. Ernst Waldbrunner, Oskar Helmer, Dr. Bruno Kreisky, Dr. Christian Broda oder Dr. Herta Firnberg in Zweifel zu bringen. Diese haben in der Zeit der „smuta“, in der Zeit der Wirren, deren Bogen sich vom Austrofaschismus über den Nationalsozialismus bis zur Besatzungszeit spannt, großartige Leistungen für Österreich vollbracht. Der von ÖVP-Granden erhobene Anspruch, die eigene Partei hätte keine braunen Flecken, ist geradezu abstrus, die Haltung, die von der wenig erfolgreichen Enkelgeneration der SPÖ eingenommen wird, schlichtweg peinlich.

Die Nazi-Zeit kann nicht ohne die Vorgeschichte des Austrofaschismus gesehen werden, der wiederum vor allem die ÖVP betrifft.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Freund Hubert Pfoch zitieren, der einmal treffend gemeint hat: In der ersten Republik sind zuerst von den Schwarzen die Roten und die Braunen und dann von den Brauen die Roten und die Schwarzen eingesperrt worden. Aber die Roten waren immer dabei. Die Roten aber haben niemals die anderen eingesperrt.

Nicht von ungefähr traten die Alliierten zunächst neben der Verfolgung der Nazis auch für die Bestrafung der Austrofaschisten ein. Letzteres Vorhaben wurde aber wieder aufgegeben, weil dies auch die Verfolgung zahlreicher ÖVP-Spitzenpolitiker, darunter etwa Figl und Raab, die ihrerseits von den Nazis verfolgt worden waren, zur Folge gehabt und den innenpolitischen Friedensschluss zwischen SPÖ und ÖVP gefährdet hätte, der als Lehre aus der Vergangenheit gezogen wurde. Damit einher ging allerdings eine bis heute anhaltende Tabuisierung der Zeit des Austrofaschismus.

In jedem Fall ist von der ÖVP eine Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte und der Herkunft ihrer Mitglieder einzufordern. Dabei möchte ich nur kurz in Erinnerung rufen,

dass einer meiner Amtsvorgänger in der Himmelpfortgasse illegaler Nazi war oder dass es 1949 im Schloss Oberweis in Oberösterreich ein Treffen von führenden ÖVP-Politikern mit ehemals hochrangigen Exponenten der NSDAP kam, bei dem es um die Wiedereingliederung von ehemaligen Nazis ging, worum sich auch der ehemalige Heimwehrführer und spätere Staatsvertragskanzler bemühte. Der Aufmacher des Kuriers vom 11. Juni 1949 lautete denn auch „Graf erklärt: ÖVP hält an dem Einbau der früheren Nazi in eine ‚Rechtsfront‘ fest.“

So ist denn eine breite Vergangenheitsaufarbeitung notwendig, die aber nicht zur Selbstreinigung-Besessenheit oder Purifizierungs-Manie ausarten darf. Bewältigung der Vergangenheit ist denklogisch gar nicht möglich, bewältigen kann und muss man die Zukunft. Darauf hat der ehemalige Wiener Bürgermeister, Mag. Leopold Gratz immer wieder hingewiesen.

Die Notwendigkeit einer Vergangenheitsaufarbeitung gilt auch für andere Länder und deren Verhalten vor und während der Nazi-Zeit, auch unter Berücksichtigung dessen, dass sie sich nach dem Friedensvertrag von Saint Germain nie wirklich um Österreich gekümmert haben.

Was man aber bei jeder Form der Aufarbeitung der Vergangenheit einräumen muss, ist Nachsicht mit den damals ganz jungen Leuten und den Mitläufer, die sich persönlich nichts zu Schulden kommen haben lassen. Auch ist deren Läuterung und Heilung zu akzeptieren.

Der junge spanische Sozialistenführer Felipe Gonzales handelte nach der Überwindung der Franco-Diktatur nach der Parole: „Kein Rachefeldzug gegen die Falangisten, also die Gefolgsleute Francos“. Nicht von ungefähr erweisen sich auch die jungen Demokratien aus dem früheren Sowjetbereich und seiner Satellitenstaaten gegenüber ehemaligen KP-Funktionären in der Regel tolerant und gestehen Ihnen politische Läuterung zu.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die große sozialdemokratische Politikerin Rosa Jochmann erinnern, die ihren Schwur „Verzeihen ja – vergessen nie!“ als moralisches Vermächtnis hinterlassen hat.

Es kann zur Ungnade der späten Geburt werden, wenn in selbstgefälliger Selbstgerechtigkeit und ohne die Berücksichtigung der politischen und

gesellschaftlichen Umstände Urteile gefällt werden und sich jemand ohne Rücksicht auf politische Kollateralschäden Purifizierungen anmaßt.

Wenn wir unsere Geschichte der ersten und der zweiten Republik umfassend und rückhaltlos politisch korrekt aufarbeiten wollen, dann dürfen neben der Themenstellungen der politischen Verfolgungen und Opfer auch der geleistete Widerstand, die Emigrationen auch bereits während der Zeit des Austrofaschismus, aber auch die Geschichte jener, die ohne Einladung wieder zurückgekehrt sind, nicht ausgeklammert werden.

Gedenkfeiern als Spiegelung des Aufstiegs

1945 brachte das Ende des Krieges und die Befreiung. Aus der Zerstörung entstand ein Neubeginn und erfolgte ein Aufbruch. Es dauerte aber einige Zeit von der Befreiung zur Freiheit, vom Mangel zum Wohlstand, zu breiter Wohlfahrt und hoher Lebensqualität, von schlimmen Kriegsjahren und Verfolgungen zu annähernd 60 Jahren in Frieden und Sicherheit.

Diese Entwicklung ist zweifellos ein Grund, sich freudig zu erinnern und dankbar zu gedenken: Vor 60 Jahren wurde Österreich von Krieg und Nazi-Herrschaft befreit, vor 50 Jahren erlangte unser Land mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages seine endgültige Freiheit. An diese markante Ereignisse reihen sich viele weitere Anlässe zum Gedenken und feiern: „85 Jahre Verfassung“, „50 Jahre Bundesheer“, „50 Jahre UN-Mitgliedschaft“, „45 Jahre österreichische Teilnahme an den friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO“. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass 1905, hundert Jahren vor dem Gedenkjahr, die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Österreicherin Bertha von Suttner erfolgte.

Damit endet die Liste der Jubiläums- und Erinnerungsanlässe keineswegs: Österreich feierte: „50 Jahre Wiedereröffnung von Burgtheater und Staatsoper“, „80 Jahre Radio“, „50 Jahre Fernsehen“, aber auch, viel zu wenig beachtete, „50 Jahre Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG)“. Dieses Gesetz war ein Meilenstein in der Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat. Damals betrug die Sozialquote 15% der jährlichen Wirtschaftsleistung, inzwischen sind es fast 30%.

2005 wurde auch daran erinnert, dass Österreich vor zehn Jahren der Europäischen Union beigetreten ist und fünf Jahre zuvor der Euro als gemeinsame Währung von

zwölf EU-Mitgliedsländern eingeführt wurde, der seit 2002 zum täglichen Zahlungsmittel wurde.

Alle freudigen Erinnerungsanlässe dürfen aber kein Grund für übertriebene Selbstbezogenheit und schon gar nicht für Selbstgefälligkeit sein. Vielmehr ist auch kritische Selbstreflexion angemessen. So hätte 2005 auch der 150. Geburtstag der CA, die einst die monetäre Visitenkarte Österreichs war, gefeiert werden können, wenn man sich ihrer nicht entledigt hätte. Vor allem aber ist Trautl Brandstaller durchaus zuzustimmen, wenn sie die einmahnende Frage stellt, warum man nicht bereits im Jahr 2004 einer anderen Kette von Ereignissen und an Jahrestagen verknüpfte Erinnerung besonders gedacht hatte, nämlich dem 1.8.1914, dem 12.2.1934 und dem 20.7.1944.

Es gab 2005 auch Jahrestage, die ein trauerndes Gedenken einforderten: 60 Jahre Befreiung der Betroffenen im Konzentrationslager Auschwitz, im Konzentrationslager auch Mauthausen und allen anderen Stätten der Vernichtung und der Shoa. Zu gedenken war auch der Opfer vor 10 Jahren in Oberwart. All diese Anlässe verlangen unsere Erinnerung – ganz im Sinne von Primo Levys Diktum: „Wer keine Erinnerung hat, hat keine Zukunft.“

Die literarische Welt gedachte 2005 des 200. Todestages von Friedrich Schiller, des 200. Geburtstages von Hans Christian Andersen, des 100. Geburtstages von Elias Canetti und des 200. Geburtstages von Adalbert Stifter und bewirkte ein erneutes breites öffentliches Interesse an deren Leben und Werke. Für Fans sei auch an den Tod von James Dean erinnert, der 1955 bei einem Unfall ums Leben kam.

Auch der Todestag von Albert Einstein jährte sich 2005 zum 50. Mal. Einstein hatte im Jahr 1905 mit der Relativitätstheorie das Weltbild der Wissenschaft auf den Kopf gestellt. Er wurde vom Time Magazine noch vor Gandhi zum „Mann des Jahrhunderts“ gereiht. Beide sind, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Perspektiven, zu Symbolfiguren für die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts geworden.

Einsteins Relativitätstheorie steht ebenso wie er selbst stellvertretend für die revolutionierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, die technologischen Umwälzungen und den technischen Fortschritt. Viele Entwicklungen haben unser Leben in unvorstellbarem Ausmaß beeinflusst und verändert und unsere Lebenserwartungen erweitert. Dazu gehören Elektrizität, Erdöl, Motorisierung, Atomenergie, Flugwesen, Tele-, vor allem Mobiltelekommunikation, Raumfahrt, neue Werkstoffe, neue Produktionsweisen, die breite Anwendung von Computern und PCs,

das Internet, Radio und vor allem Fernsehen, die Mechanisierung der Landwirtschaft und damit die Steigerung der Nahrungsmittelversorgung, wie auch die Technisierung der privaten Haushalte.

Diese Entwicklungen zogen auch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nach sich. Diese betreffen die Stellung der Frauen und der Jugend, die Veränderungen der Familienstrukturen ebenso wie der Altersstrukturen. Doch auch das gesteigerte Umweltbewusstsein ist ein Produkt der letzten Jahrzehnte, in denen die Grünbewegung zum politischen Faktor geworden ist. Gesellschaftliche und vor allem politisches Gewicht gewannen zunehmend auch die so genannten NGOs, die „non-governmental organisations“.

Dies alles sind Beispiele für die Umwälzungen des 20. Jahrhunderts. Eric Hobsbawm bezeichnet das 20. Jahrhundert, das er vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Kalten Krieges datierte, als ein „kurzes“ und als ein „Zeitalter der Extreme“, deren erste Hälfte bis 1945 ungemein blutig war und Europa zu einem dunklen Kontinent hat werden lassen. In der Folge musste Europa im Weltgeschehen auch einen gewaltigen Bedeutungsschwund hinnehmen. Es war ein leidvolles Jahrhundert der Umwälzungen und Verwerfungen, der Irrungen und der Verwirrungen maßgeblich bestimmt vom Bolschewismus, Faschismus, japanischen Militarismus, Nationalsozialismus oder Maoismus ein Jahrhundert voll Not und Leid, voll Blut und Opfern.

Nach 1945, als es noch an nahezu allem, vor allem an Nahrungsmitteln, Energiestoffen, Fahrzeugen, Baustoffen und vielem mehr fehlte, folgte sehr bald ein Fress-, eine Bekleidungs-, eine Einrichtungs-, eine Motorisierungs- und eine Urlaubswelle. Inzwischen haben wir uns zur Freizeitgesellschaft und zur oft egoistischen und inhaltsarmen Spaßgesellschaft entwickelt. Die Wochenarbeitszeit verringerte sich in Österreich von 48 auf 38 Stunden, der Mindesturlaub erhöhte sich von 2 auf 5 Wochen. Vor 50 Jahren gab es 150.000 PKWs, ein halbes Jahrhundert später waren es 4,2 Millionen, damals gab es etwas über 500.000 Festnetzanschlüsse (davon etwa 100.000 Viertelanschlüsse), ein halbes Jahrhundert später besitzen über 6 Millionen Menschen in Österreich über ein Handy.

Einsteins Biographie steht aber auch stellvertretend für die Vertreibung europäischer Eliten, einem gewaltigen „Brain-Drain“, verschuldet durch den Rassenwahn der dämonischen Nazi-Herrschaft, die im apokalyptischen Höhepunkt des Holocaust gipfelte. 60 Jahre danach wurde das Jubeljahr 2005 auch zum Anlass genommen, der

Beendigung dieses Horrors mit dem Verständnis: „Niemals Vergessen!“ zu gedenken. So gedachte die Vollversammlung der UNO in Vertretung der globalen Völkergemeinschaft der Opfer des Vernichtungslagers Auschwitz, am 27. Jänner 2005 jährte sich der Tag der Befreiung der noch Lebenden im KZ Auschwitz. Am 8. Mai 1945 wurde das KZ Mauthausen befreit. Gedenken mündet hier in die Verantwortung, das, was dort Wirklichkeit wurde und für das es statt Worte nur Umschreibungen des Grauens gibt, nie wieder geschehen zu lassen.

Dazu ist es notwendig, die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals zu vergessen. Vor 1938 lebten in Wien 185.000 jüdische Mitbürger, heute ist es ein Bruchteil davon: Die jüdische Kultusgemeinde zählt rund 6.000 Mitglieder. 65.000 österreichische Juden sind in den Konzentrationslagern ermordet worden, der weitaus größere Teil der Überlebenden der Schoah kehrte nicht mehr nach Österreich zurück, was zu einem gewaltigen humanen, geistigen und kulturellen Aderlass geführt hat.

So wie Einstein war auch Gandhi eine nicht weniger symbolträchtige Erscheinung des 20. Jahrhunderts. Auch er steht für gewaltige Umwälzungen. Mit seiner Politik des gewaltlosen Widerstandes ist er zum Symbol der Befreiung der unterdrückten Völker geworden und damit zum Symbol für das Ende der europäischen Kolonialherrschaften. Die großen Kolonialreiche, allen voran die des British Empire, zerbrachen nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Befreiung wurde zum Ausgangspunkt, von dem aus nunmehr die alten Länder wie China, Indien oder Brasilien mit ihren uralten Kulturen und riesigen Bevölkerungsmassen auf die Weltbühne zurückkehren. So auch Russland mit seiner Landmasse sowie seinen gewaltigen Energie- und Rohstoffvorräten.

Zu Ende gekommen ist das kurze Jahrhundert von Eric Hobsbawm mit der Epochenäsur eines *annus mirabilis*, auch wenn die Träume von dem Anbeginn eines neuen Zeitalters des Friedens mit dem terroristischen Anschlag und den Zusammenfall der Zwillingstürme in New York am 11.9. 2001 ein jähes Ende gefunden hat. Die Geschichte ist in neuer Verkleidung zurück gekehrt.

Österreich in Europa und der Welt von heute

Die Geschichte der Zweiten Republik wurde zur Erfolgsstory. Nach den Wiederaufbaujahren konnten wir uns ein Vierteljahrhundert eines wirtschaftlichen „golden age“, also eines goldenen Zeitalters, erfreuen. Das Ergebnis in der westlichen Welt war und ist ein nie gekannter Massenwohlstand. Nach Eric Hobsbawm lebt heute ein Durchschnittsbürger besser als ein Monarch vor 200 Jahren. In hohen Maßen

möglich gemacht hat dies die Hilfe und der Schutz der USA. Zunehmend hat auch die europäische Integration dazu beigetragen.

Bis 1989 am Eisernen Vorhang gelegen, vollzog Österreich ,ermöglicht durch Staatsvertrag und Neutralität, eine klare Westbindung. Es trat der OECD, dem Europarat, der UNO, dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank und zahlreichen anderen internationalen Organisationen bei. Es hat sich an einer Vielzahl von Friedeneinsätzen der UNO beteiligt. Nachdem dies durch das Ende des Kalten Krieges realpolitisch möglich geworden war, wurde es 1995 – gemeinsam mit Finnland und Schweden – Mitglied der Europäischen Union. Österreich ist auch eines der zwölf EU-Länder mit gemeinsamer Währung, dem Euro, wofür die in den 70er Jahren erstrittene Hartwährungspolitik und die damit im Sinne einer optimalen Währungszone verbundene Bindung des Schillings an die DM eine Vorstufe war.

Inzwischen sind wir mit gravierenden geopolitischen, geo-ökonomischen, geostrategischen Umwälzungen und Bedeutungs- wie Einflussverschiebungen konfrontiert.

Die USA ist von einer der bipolaren Supermächte zur unipolaren Hypermacht geworden. Doch auch dieser sind Grenzen gesetzt. Auch sie bedarf, wie die Befriedung der politischen Krisenherde in Afghanistan oder im Irak, aber auch anderer Probleme, wie der neue internationale Terrorismus, Seuchengefahren oder die Gefahr von Umweltkatastrophen beweisen, zunehmend der globalen Kooperation und der internationalen Zusammenarbeit. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell hat schon vor einigen Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass jeder Staat zu klein für die großen Probleme und gleichzeitig zu groß für die kleinen Probleme sei.

Die Weltbevölkerung hat sich im vorigen Jahrhundert vervierfacht und seit der Mitte des 20. Jahrhunderts verdoppelt. Sie wird von derzeit 6,1 Milliarden Menschen bis 2050 auf über neun Milliarden Menschen weiter anwachsen. Gleichzeitig werden nicht nur in den Industriestaaten, denen allerdings eine Vergreisung droht, die Menschen immer älter. Ein weiteres charakteristisches Merkmal unserer Zeit ist die Globalisierung, die durch revolutionäre Entwicklungen im Transportwesen und in der Telekommunikation sowie durch die Einbindung einst vom Weltmarkt weitgehend abgeschotteter Staaten, wie Indien, China oder des ehemaligen Ostblocks in die Weltwirtschaft eine immer schneller werdende Dynamik erhält.

Gleichzeitig verlagert sich das wirtschaftliche Machtgefüge. China, Indien oder Brasilien gewinnen, wie schon zuvor Japan oder andere fernöstliche Länder, an

Bedeutung, was sich an den Handelsströmen besonders deutlich ablesen. So gewinnt in den Handelsbeziehungen der USA Asien zunehmend an Gewicht, während Europa abfällt.

Generell gesehen ist der Prozess der Globalisierung mit großen Chancen und Möglichkeiten verbunden, allerdings auch nicht frei von Risiken und Gefahren. Um diese zu zähmen, bedarf es in verstärkter Form der internationaler Zusammenarbeit. Die jüngst erlebte weltweite Hilfsbereitschaft für die Opfer der Naturkatastrophen in Asien legt Zeugnis für ein positives Beispiel für globales Zusammenrücken und für transnationale Solidarität ab. Die Flucht in die Errichtung nationaler oder kontinentbezogener Wagenburgen und die Flucht in das romantische Heil der kleinn Welt der Kirchturmpolitik stellt demgegenüber für die Bewältigung der weltumspannenden Probleme unserer Zeit, die von der Bekämpfung des Hungers, neuer Seuchen, der organisierten Kriminalität oder des neuen Terrorismus bis hin zur Gewährleistung von genügend und sauberem Trinkwasser bis hin zu Klima- und Artenschutz reichen, sicherlich keinen gangbaren Lösungsweg dar.

Europa, das wirtschaftlich fast eine ebenso große Leistung erbringt wie die USA, ist ein wirtschaftlicher Riese, aufgrund der nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen politisch aber in Zwerg und militärisch ein Wurm. Europa muss sich daher die Frage stellen, welche Rolle es auf der internationalen Bühne im Spiel der Mächtigen künftig einnehmen will: ob es Mitspieler oder Spielball sein will, ob es als selbstbewusster Partner der USA in Erscheinung treten will oder als deren Protektorat weiterhin die Funktion eines unsinkbaren Flugzeugträgers ausüben will.

Wenn Europa ein Mitspieler werden will, dann muss es rasch weiter zusammen wachsen, den Binnenmarkt und die Währungsunion unter die Stoßrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik stellen und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen.

Das 20. Jahrhundert war das amerikanische. Dieser Befund wird bis auf weiteres bestehen bleiben, auch wenn andere Mächte wie China und Indien im Aufstieg begriffen sind. Die USA, die schon vor dem ersten Weltkrieg zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren, gingen aufgrund ihrer kriegsentscheidenden Rolle aus den beiden Weltkriegen zunächst als Weltmacht und in weiterer Folge als Supermacht hervor. Nach der Implosion der Sowjetunion und dem Zerfall des Sowjetischen Imperiums werden die USA zur alleinigen Hypermacht, zum Hegemon der Welt.

Die Dominanz der USA beruht nicht allein auf militärischer Stärke, sie ist auch eine wirtschaftliche und vor allem eine wissenschaftliche Stärke. Die jährliche Wirtschaftsleistung, also das Sozialprodukt der USA, beträgt bei 5 Prozent der Weltbevölkerung 30 Prozent der globalen Gesamtleistung. Auch wenn die allgemeine Schulbildung gegenüber Europa unterdurchschnittlich ist, so verfügt die USA dennoch über die besten Universitäten und die höchsten Forschungsbudgets der Welt. Englisch ist in der Wirtschaft und in der Wissenschaft zur entscheidenden Verkehrssprache geworden, zur lingua franca.

Amerika musste im vorigen Jahrhundert mehrmals eingreifen, um Europa vor sich selbst zu schützen, zuletzt am Balkan. Dennoch ist die vom kalten Krieg her bestehende transatlantische Gemeinschaft nicht zuletzt durch das militärische, auf Legitimation verzichtende Verhalten der USA beschädigt. Was Europa, aber auch die USA brauchen, ist eine zeitgemäße transatlantische Gemeinschaft, um gemeinsam Probleme, die uns gemeinsam tangieren – und dazu zählen insbesondere auch die Brennpunkte im Nahen Osten oder auf dem Balkan - gemeinsam zu lösen.

Die jüngsten kriegerischen Einsätze gegen Afghanistan und dem Irak haben auch für der USA vor Augen geführt, wie schnell von der größten Militärmacht der Welt zwar Kriege gewonnen werden können, wie schwierig sich demgegenüber die Befriedung eines Landes darstellt. Diese wird, ebenso wie Amerikas Kampf gegen den Terror, ohne Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft schwerlich umsetzbar sein. Einen *Krieg* gegen den Terror vermag selbst Amerika nicht im Alleingang zu gewinnen. Der *Antiterror-Kampf* mit globalen Allianzen ist ungleich erfolgversprechender. Hier wird sich auch zeigen, dass „soft power“ vielleicht wichtiger und effizienter ist als „hard power“. Waffen sind nicht die Mittel, jedenfalls nie ultimative Mittel zur Konfliktbereinigung.

Die Entfremdung zwischen den USA und Europa hat zu der viel zitierten Metapher geführt: „Americans are from Mars and Europeans are from Venus.“ Dieses Bild wird der griechischen Mythologie nicht gerecht, suchte doch Mars Glück und Zufriedenheit in den Armen der Venus, mit der er Harmonia zeugte, die Mutter der Musen und die Personifikation von Ordnung und Eintracht.

Aus der Tradition der kulturellen Wechselbeziehungen in Europa lässt sich durchaus einen „European way of Life“ ableiten. Was jedoch fehlt, um mit der amerikanischen Ideologie eines „American Dream“ konkurrieren zu können, ist ein „European Dream“. Mit anderen Worten: Es braucht europäisches Bewusstsein, europäische Öffentlichkeit

und europäischen Medien. Die gegenwärtige geübte politische janusköpfige Praxis, die darin gipfelt, auf europäischer Ebene mitgetragene Entscheidungen auf der nationalen Spielwiese zu konterkarieren und Brüssel als Sündenbock für politische Versäumnisse im eigenen Wirkungsbereich zu geißeln, gefährdet das Projekt Europa.

Europa braucht statt dessen dringend eine Vorwärtsstrategie, um seine Probleme, allen voran die stagnierende Wirtschaft anzukurbeln, die hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden und die wohlfahrtsstaatlichen System finanzieren und die hohe Lebensqualität aufrecht erhalten zu können.

Dazu bedarf es der Förderung von Initiative, Innovation und Investitionen, des Ausbaues und der Modernisierung der Infrastruktur, einer zukunftsorientierte Bildungs- und Förderungspolitik sowie neben zeitgemäßen bürokratischen Strukturen vor allem auch einer effizienten und pragmatischen Wirtschafts- und Währungspolitik.

Darüber hinaus benötigt Europa aber eine gemeinsame Zukunftsvision, die die Frage der Erweiterung nicht alleine aus der Perspektive der Wirtschaft oder der demografischen Entwicklung ableitet, die aus der aging society und einer rückläufigen Geburtenrate resultiert, sondern auch die Perspektive einer Erneuerung der traditionsreichen kulturellen, geistigen und historischen Verbindungen nicht nur in der Frage der Integration der Balkanstaaten oder der Ukraine, sondern auch die Türkei einschließt, wo wir den Humus christlicher und damit abendländischer Geschichte finden können.

Auch in diesem Sinne könnte Österreich durchaus ein Tätigkeitsprofil im Sinne eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses aufbauen. In erster Linie aber hat Österreich, so wie alle anderen kleinen EU-Länder auch, im nachbarschaftlichen Bereich eine konstruktive Aufgabe zu erfüllen.

Uneingeschränkte Aufgabe der nationalen Politik besteht darin, das eigene Land fit für die Aufgaben zu mache, die mit der Europäisierung und Globalisierung sowie dem Übergang in die Wissensgesellschaft einhergehen. Dort liegen die Hausaufgaben, die jedes Land alleine erledigen muss und vor allem darauf ausgerichtet sein müssen, ein Land zukunftsfit zu machen und die entsprechenden Voraussetzungen durch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, aber auch eine zeitgemäße materielle Infrastruktur und eine moderne Wirtschaftsverfassung zu schaffen.

Österreich hat in den letzten 60, vor allem 50 Jahren und in den 10 Jahren seiner EU-Mitgliedschaft Bemerkenswertes erreichen können. Das ist sicherlich vielen

weitsichtigen und entschlossenen Frauen und Männern zu danken, vor allem aber ist es ein Erfolg der fleißigen, flexiblen, kreativen und innovativen Menschen unseres Landes.

Allerdings gilt auch hier die Volksweisheit, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Daher müssen ständig aufs Neue offenkundig werdende Mängel überwunden, neue Chancen und Aufgaben ergriffen werden. In diesem Sinne darf nicht unterlassen werden, sondern muss unternommen werden, darf nicht verhindert, sondern muss gestaltet und angepackt werden. Mit diesem Verständnis „Österreich über alles, wann es nur will.“ Somit sind wir auch für die Zukunft im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder aufgefordert zu wollen. Dies ist allein unsere eigene Entscheidung und damit Verantwortung.

„Österreich über alles, wann es nur will“, hat der aus Frankfurt 1684 nach Wien zugewanderte Philipp von Hörnigk sein Buch betitelt, in dem er den Nachweis erbringen wollte, „wie mittels einer wohlbestellten Landesökonomie die kaiserlichen Erbland in kurzem über alle anderen Staaten von Europa zu erheben sind“. Fast 300 Jahre später hat Österreich durch den Aufstieg von einem Armenhaus zu den reichsten Industrieländern der Welt den Beweis für die These von Hörnigk erbracht. Österreich steht die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges offen, wenn die Herausforderungen 21. Jahrhunderts mit entschlossener Tatkraft angenommen und die damit verbundenen Chancen ergriffen werden.

Buchtipps:

Hannes Androsch, Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945-2005, erschienen als Band 2 in der von der Kulturabteilung der Stadt Wien erschienenen Reihe: Österreich Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektiv, StudienVerlag, Innsbruck 2005

Hannes Androsch, Warum Österreich so ist, wie es ist. Eine Synthese aus Widersprüchen. Kremayr & Scheriau/Orac, Wien 2003